

## **Farbe bekennen!**

### **Dringender Aufruf gegen den Rechtstrend!**

Seit etlichen Jahren ist eine gefährliche Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses festzustellen. Rechtspopulistisches und rechtsradikales Gedankengut ist z.T. bis in die Mitte der Gesellschaft hinein vorgedrungen (Zick/Küpper/Mokros 2023). Teile der Gesellschaft driften immer mehr nach Rechtsaußen, auch junge Menschen, die zunehmend von rechten Kräften mit ihren Botschaften adressiert werden, z. B. in den Social-Media-Plattformen. Zuletzt hat eine Jugendstudie gezeigt, wie einschneidend die Wirkungen rechter Parolen sind. Innerhalb kürzester Zeit stieg die Zustimmung zur AfD, einer Partei deren Gedankengut mit einer demokratisch organisierten Gesellschaft in weiten Teilen nicht vereinbar ist, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14-29 Jahren von neun Prozent (Jan. 2022), über 12 % (Jan. 2023) auf erschreckende 22 % im Jan. 2024 (Schnetzer/Hampel/Hurrelmann 2024). Ein weiteres Alarmsignal auf das unbedingt reagiert werden muss – auch und gerade von Seiten der Kinder- und Jugendhilfe.

#### **Warum positioniert sich der AFET als Bundesverband für Erziehungshilfe gegen Rechtsaußen?<sup>1</sup>**

Rechte Ideologien verunsichern die Menschen, sie tragen mit vereinfachenden Parolen und scheinbar einfachen „Lösungsansätzen“ zu einer gesellschaftlichen Spaltung bei. Rechtsradikale Propaganda führt zu Hass und Gewalt (BMI 2023, S. 79ff). Demokratisch orientierte Menschen werden eingeschüchtert und verleumdet, was sich u.a. bei Übergriffen auf Politiker\*innen zeigt (Seemann/Spinrath/Baumeister 2024). Daher bezieht der AFET als Verband der erzieherischen Hilfen klar Position und legt ein eindeutiges Bekenntnis für die Demokratie und die gleichberechtigten Chancen aller Menschen ab. Die Ausgrenzung beispielsweise von Migrant\*innen, Menschen mit Behinderungen, LSBTIQ\* oder sozial benachteiligten (jungen) Menschen ist nicht hinnehmbar. Rechte Ideologien wenden sich (auch) gegen diejenigen, für die sich die Kinder- und Jugendhilfe einsetzt.

---

<sup>1</sup> Der Verfassungsschutz sieht die Entwicklungen im rechtsextremistischen Bereich als besonders herausfordernd und gefährlich für die Demokratie an. Rechtsextremismus ist „unverändert die größte extremistische Bedrohung für unser demokratisches Gemeinwesen“ (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2022, S. 4). Zudem agiert mit der AfD eine Partei am rechten Rand, die sich zunehmend radikalisiert und zugleich zunehmend Zustimmung findet. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die gesamte AfD als rechtsextremen Verdachtsfall eingestuft. Die junge Alternative, die Jugendorganisation der AfD, ist laut Verfassungsschutz gesichert rechtsextrem. Daher bezieht sich dieses Positionspapier auf den Bereich des Rechtsextremismus, aber ebenso gilt es, -auch in der Kinder- und Jugendhilfe- andere gefährliche Strömungen wie z.B. die radikal islamistische Szene im Blick zu behalten.

Als demokratischer Jugendhilfeverband beruft sich der AFET auf rechtlich normierte Vorgaben wie die UN-Kinderrechtskonvention, die UN-Behindertenrechtskonvention, die EU-Charta der Grundrechte, das Grundgesetz und das Sozialgesetzbuch VIII.

Nach § 1 SGB VIII hat „jeder junge Mensch ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Dazu soll die Jugendhilfe zur Verwirklichung dieses Rechts insbesondere „junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen.“ (Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII). Zudem soll Jugendhilfe „jungen Menschen ermöglichen oder erleichtern, entsprechend ihrem Alter und ihrer individuellen Fähigkeiten in allen sie betreffenden Lebensbereichen selbstbestimmt zu interagieren und damit gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu können (Abs. 3, Nr. 2 SGB VIII), Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen (Abs. 3, Nr. 3 SGB VIII), Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen, (Abs. 3, Nr. 4 SGB VIII) und dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen“ (Abs. 3, Nr. 5 SGB VIII).

Damit ist der Rahmen benannt, in dem der AFET agiert und sich positioniert. Entsprechend steht der AFET für demokratische Aushandlungsprozesse, für die Teilhabe aller Menschen in allen Lebensbereichen, für Toleranz, Vielfalt und Inklusion aller Menschen. Diesen Werten stehen Ideologien der Ungleichheit und Ausgrenzung diametral entgegen.

### **Rassistischen, menschenverachtenden und demokratiegefährdenden Positionen entgegentreten - Klare Haltung für demokratische Werte**

„Im Rechtsextremismus entscheidet die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse“ über den Wert eines Menschen. In einer solchen ethnisch-rassistisch definierten „Volksgemeinschaft“ werden die zentralen Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung missachtet. Nationalismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus und Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus sowie Demokratiefeindlichkeit prägen die rechtsextremistische Agitation“ (Verfassungsschutzbericht 2022, S. 48). Wenn die Grundfesten der Demokratie gefährdet werden, die rechtsstaatliche Verfasstheit, die Pluralität und liberale, demokratische Prinzipien durch autoritäre, von Ungleichheitsideologien geprägte Ansichten untergraben werden, ist es geboten, Haltung zu zeigen. Es gilt, sich den kritischen Entwicklungen wie der steigenden Zustimmung zu menschenverachtenden, spaltenden, demokratiefeindlichen Ansätzen entschlossen entgegenzustellen und sich für eine solidarische Gesellschaft zu engagieren. Rassistisches Gedankengut, verschwörungstheoretische Konstrukte sowie Hass und Gewalt lehnt der AFET entschieden ab. Dass aus Gedanken schreckliche Taten werden können, belegen eine Vielzahl von Gewalttaten, Anschlägen und Morden von Rechtsextremist\*innen (BMI 2024, S. 79ff). Der AFET macht dabei einen Unterschied zwischen den (jungen) Menschen, bei

denen rechte Parolen verfangen oder die aus Unzufriedenheit mit der Politik oder ihrer Lebenssituation, rechtsaußen wählen und den (auch jungen) politischen Akteur\*innen, die rechtsradikale Positionen vertreten und aktiv die Demokratie angreifen und bekämpfen.

Der AFET möchte seine Mitglieder - Erziehungshilfeeinrichtungen, Jugendämter, Hochschulen, Verbände und Kooperationspartner\*innen dazu auffordern und ermutigen, sich gegen rechtsradikale Parteien, Organisationen und Gruppierungen und auch explizit gegen die AfD zu positionieren. Die Demonstrationen von Millionen Menschen für Demokratie und Toleranz, gegen populistische, rechte und rechtsextreme Positionen und Parteien- getragen von Jung und Alt, quer durch alle gesellschaftlichen Milieus - sind ein wichtiges Bekenntnis. Viele Akteur\*innen aus der Kinder- und Jugendhilfe haben sich beteiligt und Position bezogen. Zugleich sind Reaktionen im (Arbeits-)Alltag notwendig.

Der AFET sieht es als Verpflichtung und Aufgabe, sich dem Rechtstrend entgegenzustellen, womit auch verbunden ist, Demokratie im Alltag zu leben, demokratiebildende Prozesse anzuregen und sie zu fördern. Der Verband wird in einem Impulspapier konkrete Handlungsoptionen für die Akteur\*innen in der Kinder- und Jugendhilfe benennen.

Der AFET-Vorstand

#### Quellen:

BMI-Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024): Verfassungsschutzbericht 2023. [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2023-BMI24018.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2023-BMI24018.pdf?__blob=publicationFile&v=7) (Abruf 19.06.2024)

BMI-Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023): Verfassungsschutzbericht 2022. [https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9](https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=9) (Abruf 19.06.2024)

Schnetzer/Hampel/Hurrelmann (2024): Trendstudie 2024. Jugend in Deutschland.

Seemann/Spinrath/Baumeister (2024): MONITOR-Sendung 25.02.2024 Angriffe auf Kommunalpolitiker: Demokratie in Gefahr? <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/angriffe-auf-Kommunalpolitiker-demokratie-in-gefahr-100.html> (Abruf 19.06.2024)

Zick/Küpper/Mokos (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23 <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>